

Luzerner Zeitung

Ihre Region.

Nur einen Klick entfernt.

[zugerzeitung.ch](https://www.zugerzeitung.ch)

PARLAMENT

Kryptowährungen, Bildungsgutscheine und ein Frühlingsputz in der Verwaltung – der Zuger Kantonsrat räumt auf

Das Zuger Kantonsparlament versucht die Geschäftslast abzutragen. Traktandiert sind für die Sitzung vom Donnerstag nur politische Vorstösse, die der Regierungsrat zu beantworten hatte.

Harry Ziegler

09.11.2022, 17.00 Uhr

Es sind 26 Vorstösse, die laut Traktandenliste an der Sitzung vom 27. Oktober nicht haben behandelt werden können.

Diese will der Kantonsrat am Donnerstag (8.30 Uhr, Kantonsratssaal im Regierungsgebäude Zug) beraten. Hinzu kommen fünf neue Vorstösse.

Die Vorstösse haben sich unter anderem während der Pandemie angestaut, aber auch, weil vor den kantonalen Gesamterneuerungswahlen zahlreiche Vorstösse aus allen Fraktionen eingingen.

Unnötige Aufgaben in der Verwaltung?

In einem Postulat fordert die FDP-Fraktion den Regierungsrat auf, einen Frühlingsputz in der kantonalen Verwaltung durchzuführen. Konkret verlangt die Fraktion «einen Bericht mit Massnahmen (Gesetzesvorlage) vorzulegen, der aufzeigt, welche Aufträge an die Verwaltung infolge deren Missverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag aufgehoben werden sollen und welche administrativen Arbeiten und Aufgaben aufzuheben oder zu reduzieren sind», umschreibt die Regierung in ihrer Postulatsantwort den Auftrag.



Der Kantonsratssaal im Zuger Regierungsgebäude.

Bild: Matthias Jurt (Zug, 28. September 2022)

Völlig unnötig, findet die Mitte-Fraktion. Denn: «Mit diesem Postulat wird der Regierung pauschal unterstellt, es gäbe viele unnötige Aufgaben in der Verwaltung», schreibt Fraktionschef Fabio Iten. Die Fraktion sei der Meinung, «dass die schlanke Staatsführung eine permanente Kernaufgabe der Regierung sein muss».

AUCH INTERESSANT



Fachkräftemangel in der Zentralschweiz

abo+ 14.11.2022



Auf der Seebodenalp geht eine Ära zu Ende

12.11.2022

Mit dem Globalbudget und den Leistungsaufträgen habe der Kantonsrat zudem die Möglichkeit darauf Einfluss zu nehmen. Hinzu komme die Staatswirtschaftskommission, die die Oberaufsicht über den Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten ausübe. «Falls ein Missverhältnis vorhanden wäre, kann diese Kommission eingreifen und die unnötigen Aufgaben hinterfragen.»

Nicht die Flughöhe des Kantonsrats

Das Postulat der Chamer Kantonsrätin Manuela Käch (Die Mitte) sowie der Kantonsräte Drin Alaj (SP) und Thomas Gander (FDP) stösst bei der Mitte-Fraktion auf wenig Begeisterung. Die Postulanten möchten eine Verbesserung der Verkehrsführung an der Sinslerstrasse erreichen. «Die Mehrheit unserer Fraktion ist der Meinung, dass dies in die Kompetenz des Regierungsrates gehört und nicht unserer Flughöhe entspricht», so der Mitte-Fraktionschef.

Einen Widerspruch in Sachen Kryptowährungen machen die ALG-Kantonsrätin Tabea Zimmermann Gibson (Zug) sowie die Kantonsräte Luzian Franzini (Zug) und Andreas Hürlimann (Steinhausen) aus. In ihrem Postulat betreffend Umweltverschmutzung durch Bitcoin & Co. laden sie den Regierungsrat ein, «fortan nur noch Kryptowährungen als Zahlungsmittel zu akzeptieren, wenn die entsprechende Erstellungs- und Transaktionsverfahren dieser Währungen im Einklang mit den Klimazielen der Eidgenossenschaft stehen».

Das tue die Regierung bereits, heisst es in deren Antwort. «Der Regierungsrat unterstützt grundsätzlich die Akzeptanz von Kryptowährungen und ist sowohl den Klima- als auch den Nachhaltigkeitszielen des Bundesrats und der Vereinten Nationen (UNO) verpflichtet.»

Das Postulat der ALG wurde im Juni 2021 eingereicht, zu einem Zeitpunkt also, an dem eine allfällige Energiekrise

schweizweit noch nicht als bedrohend empfunden wurde. Diese wurde mit Beginn des Ukraine-Kriegs im Februar dieses Jahres zum dominierenden Thema.

Bildungsgutscheine für Erwachsene

Ebenfalls aus dem Jahr 2021 stammt das Postulat betreffend Bildungsgutscheine für Erwachsene zwecks Förderung ihrer Grundkompetenzen und Stärkung ihrer Arbeitsmarktfähigkeit. Eingereicht haben dieses Kantonsrätin Tabea Zimmermann Gibson (ALG/Zug) sowie Kantonsrat Jean Luc Mösch (Die Mitte/Cham) mit drei Mitunterzeichnenden.

«Bildungsgutscheine stellen dank ihres niederschweligen Zugangs einen wirkungsvollen Anreiz dar, dass eher bildungsferne Personen unkompliziert an Weiterbildungskursen teilnehmen», schreibt ALG-Fraktionschefin Tabea Zimmermann Gibson dazu.

Dies habe eine positive Auswirkung für die Betroffenen persönlich, weil sie so ihre Grundkompetenzen und ihren Platz in der Gesellschaft stärken können, was durch eine mögliche Reduktion des Risikos der Arbeitslosigkeit auch volkswirtschaftlich sinnvoll sei.

abo+ KANTONSRAT

Ginge die Credit Suisse in Konkurs, bliebe dies ohne Auswirkungen auf das Areal beim alten Zuger Kantonsspital

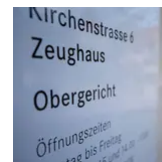
Harry Ziegler · 27.10.2022



abo+ ZWANGSMASSNAHMENGERICHT

Mehr ein personelles als ein rechtliches Problem

Harry Ziegler · 27.10.2022



Copyright © Luzerner Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Luzerner Zeitung ist nicht gestattet.